

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/84

3. Mai 1977

Kommunalpolitiker vertiefen europäischen Gedanken

Direktwahlen müssen Demonstration für Europa werden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Menschenrechte - auch ein Thema innerhalb der NATO

Bei Menschenrechts-Verletzungen in der Türkei nicht
schweigen

Von Dietrich Sperling MdB

Seite 3 und 3a / 44 Zeilen

Von Rassismus und Apartheid lossagen

Die Weißen müssen in südlichen Afrika endlich einlenken

Von Lenelotte von Bothmer MdB
Stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses
im Deutschen Bundestag

Seite 4 und 5 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-16, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 01 80 39 39
Telefax: 01 80 348-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kommunalpolitiker vertiefen europäischen Gedanken

Direktwahlen müssen Demonstration für Europa werden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Vom 8. bis 11. Juni 1977 treffen sich in Lausanne die Mitglieder des Rates der Gemeinden Europas (RGE) zu ihrem XII. Europäischen Gemeindetag. Diese Vereinigung, die Europa zu ihrem Ziel gemacht hat, hat vor allem in den Jahren, in denen die weltliche Europapolitik stagnierte oder sogar schwere Rückschläge hinnehmen mußte, unbeirrt den europäischen Gedanken weiter vertreten. Große Europäische Gemeindetage wie z.B. in Berlin, London und Wien waren dabei Marksteine. Vor allem aber haben die zahlreichen Partnerschaften zwischen europäischen Städten dazu beigetragen, über offizielle Reden hinaus die Begegnung von Bürgern verschiedener Länder in Freundschaft zu vermitteln und damit bereits vorzuleben, was Europa einmal werden soll.

Der XII. Europäische Gemeindetag steht nun im Zeichen der Direktwahlen des Europäischen Parlaments. Die Regierungen haben im Jahre 1974 einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Es kommt nun darauf an, den vorgesehenen Termin für die Direktwahlen, nämlich das Jahr 1978, einzuhalten. In diesem Zusammenhang ist es ganz zweifellos eine erfreuliche Tatsache, daß auch der Ausgang der Kommunalwahlen in einigen europäischen Ländern in jüngster Zeit die Kräfte im Rat der Gemeinden Europas nicht geschwächt hat. Kommunalpolitiker aus allen Lagern werden, so sieht es heute aus, den europäischen Gedanken weiter vertiefen. Insbesondere habe ich diese Erfahrungen von einem Besuch mitgenommen, den ich kürzlich in Paris gemacht habe und bei dem ich auch den Präsidenten der Französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, gesehen habe.

In einem Gespräch wurde deutlich, wie wichtig es sei, daß zunächst die Verabschiedung der Wahlgesetze in allen neun Ländern erreicht wird, bevor weitere Diskussionen und Verhandlungen über die künftige Entwicklung erfol-

gen. Diese Verabschiedung ist in einigen Ländern nur möglich, wenn die notwendigen Mehrheiten nicht gefährdet werden. Wir waren einig darüber, daß alles getan werden müsse, damit auf dem Wege zur Direktwahl zum Europäischen Parlament kein Rückschlag eintrete. Insbesondere versicherte Präsident Faure, daß er alle seine Möglichkeiten ausschöpfen wird, daß das Wahlgesetz möglichst noch vor der Sommerpause die parlamentarische Hürde nimmt.

Gerade die Kommunalwahlen in Frankreich haben in Europa große Beachtung gefunden, und vielfach wird die Frage gestellt, ob die Kräfte für die europäische Einigung im Rahmen des Rates der Gemeinden Europas nicht geschwächt worden sind. Nach meinen Gesprächen in Paris läßt sich sagen, daß auch in Frankreich die Kommunalpolitiker aus allen Lagern den europäischen Gedanken weitervertiefen werden, wenn auch mehr denn je bei den Partnerschaften auf kommunaler Ebene darauf geachtet werden muß, daß keine Einmischungen in die innenpolitischen Verhältnisse des Partners erfolgen. Je stärker die europäischen Ideale und die zahlreichen allgemeinen sportlichen und kulturellen Verbindungen vertieft werden und der Respekt vor den eigenen Entscheidungen besteht, umso mehr kann der RGE seine Aufgaben erfüllen, die in seiner am 5. April 1975 in Wien verabschiedeten allgemeinen politischen Resolution enthalten sind.

Frankreich steht, wie ich glaube, beispielhaft für die allgemeine Tendenz in Europa. Lausanne wird die Regierungen und Parlamente noch einmal eindringlich aufrufen, alles zu tun, damit in der Frage vor allem der Direktwahlen kein Rückschritt eintritt. Dazu ist vor allem erforderlich, daß die Politiker und die Regierungen der beteiligten Länder alles tun, um Europa im Bewußtsein ihrer Bürger zu verankern und diese für Europa in einer Weise zu motivieren, daß die Wahlen nicht nur mit einer Beteiligung von vielleicht 30 oder 40 Prozent abgehalten werden, sondern daß sie gerade von der Beteiligung her zugleich eine Demonstration für den europäischen Gedanken werden. Sie würde zugleich auch implizieren, daß die Bürger nicht so sehr wie die Politiker einiger Länder die Befürchtung haben, daß mit der Übertragung von Zuständigkeiten auf das Europäische Parlament ihr eigenes nationales Leben aufgegeben würde. Denn wichtig scheint mir in jedem Fall zu sein, daß dem Europäischen Parlament wirkliche Aufgaben zugewiesen werden; andernfalls könnte man nicht von einem Parlament sprechen.

(-/3.5.1977/vo/ja)

+ + +

Menschenrechte - auch ein Thema innerhalb der NATO

Bei Menschenrechts-Verletzungen in der Türkei nicht schweigen

Von Dietrich Sperling MdB

Von Menschenrechten und Freiheit ist viel die Rede in der Bundesrepublik. Jedenfalls immer dann, wenn es um innerdeutsche und Ostpolitik geht. Daß "Menschenrechte und Freiheit" aber auch Themen innerhalb unseres Nato-Bündnisses oder gegenüber bevorzugten Handelspartnern sind, wird meist verschwiegen.

Die Junge Union Hessen machte da kürzlich eine Auanahme. Sie fand die Worte Alfred Dreggers nach seiner Persienreise unpassend. Denn er war des Lobes voll, was das Schah-Regime anging und vergaß die 20.000 politischen Gefangenen in Persien zu erwähnen, die dort vergeblich für Menschenrechte und Freiheit streiten. Wenn Franz-Josef Strauß nach Afrika reist, dann bringt er auch nie die notwendige Einsicht mit, daß es dort im tiefen Süden an Menschenrechten und Freiheit mangelt. Er lobt vielmehr die Regierung, die strikte Rassendiskriminierung betreibt, sofern sie weiß ist. Nur bei Idi Amin aus Uganda läßt er Rassismus moralisch verurteilen.

Gegenüber dem Nato-Partner Türkei wären derzeit deutliche Worte angebracht. Wie in den Zeiten der Militärjunta in Griechenland duldet oder fördert die derzeitige türkische Regierung Übergriffe der Polizei und gar Folterungen. Selbst in türkischen Zeitungen gibt es Berichte über ärztliche Befunde nach längerer Polizeihaft, in denen Verletzungen geschildert werden. Diese sind, so zeigen die ärztlichen Berichte und

Fotos, entstanden nach Bastonaden, Elektroschocks, Verletzungen mit brennenden Zigaretten. Mit grausigen Verhörmethoden wird versucht, Geständnisse und Beschuldigungen zu erpressen.

In der Bundesrepublik leben eine halbe Million türkischer Gastarbeiter. Auch sie erfahren, was in ihrer Heimat passiert. Sie erhalten Kenntnis, daß manche von ihnen nach der Heimkehr verhaftet und gefoltert werden. Sie erleben aber auch, daß ihr Gast- und Arbeitgeberland sich um ihre Sorgen über Menschenrechte und Foltern in der Türkei gar nicht kümmert.

Im Juni sind in der Türkei vorzeitige Parlamentswahlen. Da besteht eine Chance, jene Regierung Demirel abzulösen, die bisher die Unrechthandlungen duldet, oder aber jene Teile dieser Regierung abzuwählen, die solches Unrecht gar förderten.

Aber wer als türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik seine Pflicht als Staatsbürger und Verteidiger der Menschenrechte wahrnehmen und zur Wahl in die Türkei fahren möchte, der braucht Urlaub. Und zwar Urlaub, der länger dauert als ein Wochenende.

Deswegen muß man an Betriebsräte, Gewerkschaften, Arbeitgeber und politische Parteien in der Bundesrepublik appellieren: Macht es möglich, daß Türken im Juni frei wählen können. Frei auch von Furcht vor Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Und die Massenmedien sind aufgefordert, sich der politischen Sorgen türkischer Demokraten anzunehmen!
(-/3.5.1977/va-he/ja)

+ + +

Von Rassismus und Apartheid losesagen

Die Weißen müssen im südlichen Afrika endlich einlenken

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Stellv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag

Vergegenwärtigen wir uns, daß etwa vier Millionen Weißen, die in einer hochindustrialisierten Welt leben, 19 Millionen Schwarze gegenüberstehen, rechtlos und in ihrer Überwiegenden Zahl bitterarm. Vergegenwärtigen wir uns, daß diese Schwarzen seit Jahren immer härteren Gesetzen und Restriktionen unterworfen sind. Zusammengedrängt dürfen sie nur etwa 13 Prozent des weiten Landes bewohnen; in überbevölkerten ernaaligen "townships" und in den stadtfernen, landwirtschaftlich kaum zu erschließenden und räumlich zersplitterten "homelands".

Zwar kann die moderne weiße Industriegesellschaft ohne die schwarze Arbeitskraft nicht existieren - konsequente Streiks würden die Wirtschaft schnell völlig lahm legen -, aber der schwarze Arbeiter darf nicht ausgebildet werden; als Hilfs- und Menderarbeiter bekommt er geringen Lohn; keine eigene Gewerkschaft darf ihn vertreten. Man kann Schwarze jeden Tag hinauswerfen, einsperren, aus der Stadt weisen und damit natürlich Familien auseinanderreißen - niemand fragt danach. Die weiße Polizei hält die Ordnung aufrecht, indem sie kontrolliert und festnimmt. Und in Soweto hat sie auftragsgemäß seit Juni 1976 der "Ordnung" zuliebe geschossen, als demonstriert und mit Steinen geworfen wurde.

Schwarze Schüler, das Lied "Gott schütze Afrika, Gott schütze seine Führer" singend, demonstrierten gegen Africeans als Unterrichtssprache, nachdem Eltern- und Lehrerdelegationen in dieser Angelegenheit nicht gehört

worden waren. Auf Africans Naturwissenschaften zu unterrichten, wie angeordnet, war eine unlösbare Schwierigkeit: Es gab keine Lehrer dafür; zudem wurde diese Verordnung als Herausforderung empfunden, als neues Mittel, die sowieso schlechte Ausbildung schwarzer Kinder weiter einzuschränken.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese seither aufgebrochenen offenen Unruhen ungeeignet gemacht werden können. Zuviel ist aufgestaut, zuviele blutjunge Menschen sind getötet worden. Warum zerstören Schwarze Bierhallen, Verwaltungsgebäude, Schulen und Kliniken in den Townships? Sie sehen in diesen Einrichtungen die Manifestation der weißen Regierung als Zeichen ihrer Unterdrückung und Abhängigkeit. Das Bier ist ein weißes Monopol und die vielen Bierhallen dienen in subtiler Weise der Verdummung und Knechtung der Menge.

Man las auch (konsequenterweise) Berichte über Schlägereien unter Schwarzen. Das darf niemanden wundernehmen: Weiß man doch, daß es eine große Zahl gekaufter Spitzel unter ihnen gibt. Es wäre höchste Zeit für die afrikanische weiße Minderheitenregierung, Schluß zu machen mit der gewohnten Unterdrückung. Je härter sie vorgeht - und sie hat hunderte von führenden Köpfen verhaftet - desto furchtbarer kann die Lage werden, da die führungslose Menge erst recht zur Gefahr wird. Was viele längst befürchtet haben, ist eingetreten: Die Schwarzen beginnen sich zu wehren. Noch ist kein offener Kampf ausgebrochen, noch muß es hoffentlich keiner werden. Aber alles mehrt die Weißen, endlich einzulerken.

In der Bundesrepublik Deutschland tragen auch wir Verantwortung im Sinne der Menschenrechte für die Schwarzen, aber nicht zuletzt für jene deutsche Staatsbürger, die in Südafrika leben. Sie wären gut beraten, wenn sie als Gäste, die sie im Land sind, sich von Rassismus und Apartheid lösen würden und soviel zum Ausgleich bewirkten, wie in ihren Kräften steht. Das könnte in ihrem eigenen Interesse lebenswichtig und im Interesse der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sein. (-/3.5.1977/ks/ben)